

Abonnement: Berlin: viertel, 1 Rthl. 30 Sgr. für ganz Preußen 2 Rthl. 15 Sgr. für das übrige Deutschland 2 Rthl. 24 Sgr.

Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen des In- und Auslandes: Berlin: G. Reimer, Neubrückg. 24. Inletter: die Zeitungs-Lsg.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: die Thätigkeit der Auslandsvertretungen. Wien. Frankfurt a. M.: Dr. Robert. Genua: Antrittsrede von... Hannover: die Besetzung der Postämter. Holland. Haag: Ministerien. Frankreich. Paris: die Besetzung der Postämter. Großbritannien. London: die Besetzung der Postämter. Preußen. Berlin: die Besetzung der Postämter. Provinzial-Regierung.

Deutschland.

Berlin, 27. Juli. Ein von der „Pr. Correspondenz“ mitgetheiltes Sammelverzeichniß über die Thätigkeit der Auslandsvertretungen im Jahre 1856 giebt folgende Uebersicht: In Wien im genannten Jahre bei den General-Konventionen in Berlin, Dresden, Münster, Posen, Stargard, Stenbock und Meiseburg und bei den Regierungen zu Frankfurt a. O., Danzig, Gumbinnen, Königsberg, Marienwerder, Radom, Köln, Koblenz, Düsseldorf und Trier aus früheren Jahren noch anhängig 777 Regierungen (gegen 925 im Vorjahre), 6291 Abfassungen (gegen 10,000) und 9385 Gemeinheits-Teilungen (gegen 9711). Im Jahre 1856 wurden neu anhängig 57 Regierungen (gegen 57), 2686 Abfassungen (gegen 3388) und 1400 Gemeinheits-Teilungen (gegen 1337). Zusammen waren also anhängig: 834 Regierungen (gegen 982), 10,977 Abfassungen (gegen 13,388) und 10,785 Gemeinheits-Teilungen (gegen 11,051). Im Ganzen 22,596 Auseinandersetzungen (gegen 25,421). Reise wurde befristet in Sachen der Auseinandersetzungs-Behörden bei Regierungen 171 (gegen 176), bei Abfassungen 7097 (gegen 7393) und bei Gemeinheits-Teilungen 1652 (gegen 1822), ferner in Sachen anderer Behörden 156 (gegen 182). An Projekten waren aus früheren Jahren anhängig 6724 (gegen 7251). Davon wurden beantragt durch Verfügung 272 (gegen 256), durch Verdict 609 (gegen 634) und durch rechtserfüllte Entscheidung 1940 (gegen 2058), im Ganzen 2821 (gegen 2947). Die Zahl der ausschließlich oder doch überwiegend von Auseinandersetzungs-Behörden beschaffigten Spezial-Romanisierern betrug 225 (gegen 236) und die der Feldmesser 429 (gegen 409). Von den rheinischen Bezirke-Regierungen hat nur die zu Koblenz für die stillen vom Rhein liegenden Gebirgsgebiete eine erhebliche Anzahl von Auseinandersetzungs-Geschäften aufzuweisen.

Frankfurt, 26. Juli. Der frühere Theaterdirektor in Heidelberg, gegenwärtig Wittebaltur an der Zeitung „Deutschland“, Dr. K. v. S. hat zu eben unter dem Titel „Zeitgeist“ ein Werk von Stapel gelassen, worin er seine früheren literarischen Produkte: Aufsichtungen eines Jesuitensüßlinge, Duelle aller ultracatholischen Ultracatholischen und ihrer drohenden Eingriffe in die Wohlthat und Rechte des deutschen Volkes, Geschichte der Päpste etc. — als Ausgeburt einer angestrichelten Phantasie selbst verdammt. — Seit 1811 haben wir nicht einen so niedrigen Wasserstand gehabt, als gegenwärtig. Die Dampfgeschicht auf dem Rhein steht gänzlich still.

Genua, 25. Juli. Einer unserer Gesangsvereine, der nach dem Vergange mehrere Radfahrer dieser Tage ein Konzert zum Besten der schlechtig-hörseligenen Beamten geben wollte, erhielt hierzu die Erlaubniß der zuständigen Behörde nicht. Unseres Wissens ist dies der erste Versuch im Kurlande, sich der Bewegung zu Gunsten Schieds-Heilsteins auf dem Wege der Selbstunterstützung anzuschließen.

Darmstadt, 24. Juli. Heute berief die zweite Kammer die Anträge des Abgeordneten W. v. B. betreffend: 1) die Ertheilung einer Konzession zur Errichtung der „Bank für Handel und Industrie“, sowie die Konzessionierung der damit verbundenen Zettelbank in Darmstadt, und 2) die Ertheilung von Papiergeld unter dem Titel: „Noten der Bank für S. B. Deutschland“. Der erste Antrag, schon vor Weihnachten d. J. gestellt, hatte mehr die Berücksichtigung erfordert, der zweite aber, dem Gegenstand entscheidend zu Liebe gehend, wünschte von der Kammer erklärt: „daß durch die Ertheilung von Papiergeld unter dem Titel Noten der Bank für S. B. Deutschland, ohne vorher erlangte Einwilligung der Stände, die verfassungsmäßigen Rechte der Stände gekränkt seien und die emittirten und zu emittirenden Banknoten daher so lange und insoweit eine rechtlichen Existenz im Großherzogthum entbehren, als eine nachträgliche Einwilligung der Stände nicht verlangt werde.“ Der Ausschuss der zweiten Kammer hatte die Anträge dem Ministerium mitgetheilt und dieses lange mit seiner Antwort geizert. Endlich erschien sie sehr ausführlich und mit der Schlussfolgerung, daß die Anträge weder formell noch materiell gerechtferdig seien. Der Ausschuss hatte sich dem angegeschlossen. Die Beratung hatte heute mehr Substanz auf den ersten Kammer herbeigezogen, als sonst dort zu finden sind. Abg. W. v. B. sprach zuerst und zwar in durchaus gemäßigter Weise. Er gab namentlich zu, daß man in Bezug auf die Verfassungsmäßigkeit der von ihm beantragten Regierungsmassregeln, bei der Fülle in der Verfassung und indem man sich bloß an ihren Wortlaut halte, auf zu anderen Ergebnissen als zu gelangen könne, aber er führte dabei aus, daß jene Fülle hier keinen Ausschlag geben könne, daß vielmehr ihre Ausfüllung nöthig sei, wenn das Repräsentativ-System auch fernhin im Großherzogthum dessen bestehen solle. Zugleich vertrat er seine früheren Anträge mit folgenden: „Die Kammer möge beschließen: 1) Die großherzogl. Regierung zu erwidern, die Wiederanträge der schon einmal angelegten, an die Bank für S. B. Deutschland zurückgelegten Konzession, so wie die Ertheilung neuer Konzessionen so lange zu sistiren, bis eine Vereinbarung der Zollvereinsstaaten in dieser Beziehung Ordnung gebracht und wie weiter unten zu ersehen, das Repräsentativ-System als eine wichtige, die Finanzen des Landes direkt betreffende Angelegenheit den Kammer zur Prüfung beziehungsweise Billigung vorgelegt; 2) um allen Anträgen zweifellos vorzugehen, die großherzogl. Regierung um den Beschluß eines Gesetzes zu ersuchen, welches ein integrierendes Merkmal der Verfassung sein würde, den Inhalt: Obne Einwilligung der Stände ertheilt hinsichtlich weder der Landbesitzungen noch von Privatpersonen, Anwesenheiten oder Gesellschaften Noten oder Papiergeld (gleichgültig, unter welcher besonderen Benennung) ausgegeben, beziehungsweise in den öffentlichen Kasen als Zahlung angenommen werden.“

Der Präsident des Finanzministeriums, Freiherr v. Dolwig, hielt sich in seiner Antwort ebenfalls gemessen, indem er die Tatsachen theils bestätigte, theils die aus ihnen gezogenen Schlussfolgerungen für die Regierung und die angegriffenen Banken günstig hinstellte. Die Stände, bemerkte er, seien zur Zeit der Konzessionen nicht beisammen und eine besondere

Berufung deshalb nicht rüthlich gewesen; auch ohne sie sei hierbei das Interesse des Staats und seiner Angehörigen gewahrt worden. Die Sicherheiten der Banken seien hinlänglich, ihre Kontrolle durch den Staat streng. Sie hätten keine Neigung sich dem Credit mobilis. Der kleinste Theil der Banknoten sei im Großherzogthum emittirt. Auf den Umfang des Landes, in welchem der Sitz der Banken sei, komme es nicht an. Die in Vorjahr gebrachte Konferenz der Zollvereinsstaaten in Berlin werde die Regierung beschließen. Die Statuten jener Banken seien musterhaft. Uebrigens werde die Regierung sehr gerne jede begründete Erinnerung bennnen. Der Ministerpräsident findet das Uebel bloß in der gleichzeitigen Entlassung so vieler Banken in Deutschland. Fünf Millionen Gulden Banknoten seien emittirt und gedeckt und mehr würde vorerst nicht emittirt werden. Zuletzt meinte er, daß wenn Verberh losgelegt habe verfahren wollen, er auf billige Aufhebung der Banken seine Anträge habe richten müssen. Noch etwa acht Abgeordnete hatten sich um Worte gemeldet, wohl Alle, um im Sinn des Ausschusses ihr Wort abzugeben, als der Präsident der Kammer vordrang, die von Verberh vorgelegten Anträge zur weiteren Berichterstattung an den Ausschuss zu verweisen und die zur Einbringung derselben die Beratung über den Gegenstand auszusetzen. Die Kammer genehmigte dies einstimmig und mit großer Stimmeneinheit, daß der Ausschuss noch durch zwei Mitglieder verstärkt werde. Die Wahl fiel auf die Abg. Professor Stahl von Oesfen und Kaufmann Strigler von Mainz.

Holland.

Haag, 24. Juli. Der Ausschuss des Herrn v. O. von Prinsterer aus der zweiten Kammer scheint Herrn van der Brugge, der das jetzige Ministerium gebildet hat, von der Unhaltbarkeit seiner Stellung überzeugt zu haben. Er hat seine Entlassung als Chef des Cabinets eingereicht und ist trotz der lebhaftesten Gegenvorstellungen von Seiten des Königs zu seinem Verbleiben geblieben. Die übrigen Minister haben die jetzt noch nicht ihre Entlassung genommen, doch soll Herr van Rappard nach Ertheilung des Unterzuges gleichfalls andertreten wollen, und von dem Kriegsminister Herrn Herffman von Dambach, ist bekannt, daß er sich längst nach Ruhe sehnte. Somit ist das ganze Ministerium, das eine so durchgreifende Reaction durchzuführen bestimmt war, aber sich überall gekemmt und gelähmt sah, in der Auflösung begriffen. Es fragt sich nun, ob mit den gemäßigten Liberalen angeknüpft werden wird.

Frankreich.

Paris, 25. Juli. Das „Journal des Debats“ veröffentlicht heute ein politisches Testament, welches Oberst Pissacani in Genua zurückließ, als er die Expedition unternahm, von der er abtrat, daß sie ihm den Tod bringen würde. Das merkwürdige Ausrufwort erregt hier nicht geringes Aufsehen, ja, und die Oberst, obgleich selbst socialistischen Ansichten nicht abhold, doch vielmehr nur in der Form der Association verwickelt sehen will, und der französischen Regierung, nach welcher alles von oben angehen soll, entschieden entgegensteht. Der hiesigen Regierung ist die Veröffentlichung deshalb unangenehm, und es ist heute an die übrigen Pariser Blätter die Weisung ergangen, das Ausrufwort nicht zu reproduziren. — Der „Courier de Paris“ hat das Schicksal der „Patrie“ in sofern getheilt, als der Verkauf dieses Blattes auf offener Straße seit heute untersagt worden ist. Der „Courier“ war bereits während der Wahlen mit dieser Maßregel bedroht; die Direktoren des Blattes enthielt sich daher plötzlich jeder weiteren Agitation und sie hatte sich damals einen Monat Zeit erbeten, um ihre Tendenz und der gouvernementalen Politik in Einklang zu bringen. Die bisherigen Besuche in dieser Richtung haben jedoch nicht genügt, und dies scheint jene Maßregel hervorgerufen zu haben. — Die Angelegenheit der Dods-Rapole. A tritt jetzt in ein neues glühender Stadium. Die Regierung möchte einerseits Paris mit einem so nützlichen Institute versehen, andererseits den so erg. gerufenen Altonianern eines Unternehmens, welches den Namen des Kaisers trägt wieder zu ihrem Gelde verpacken. Man hat jetzt den Pariser Eisenbahngesellschaften die Uebernahme der Dods vorgeschlagen, indem man sich darauf stellt, daß grade sie ein besonderes Interesse an einem solchen Etablissement haben. Die Eisenbahngesellschaften beuten bereits die Kundenseuche von Paris auf gemeinschaftliche Kosten an, und es ist hiermit schon ein Präcedenzfall gegeben.

Paris, 25. Juli. Die Entrüstung ist hier nicht gering, daß trotz aller Gegenbestrebungen der Herren Thunvenel und von Tallerrand die Bahnen in der Moldau am 19. wirthlich vollzogen worden sind. Das „Pays“ behauptet, daß diese aus Jassy vom 17. noch nichts von diesem Besatze geahnt hätten. Man wird übrigens den officiellen Mittheilungen die Ausfälle überlassen, sondern der „Moniteur“ selbst wird, wie verlaute, nächstens das Wort nehmen (vergl. telegraph. Depeschen). — Heute enthält der „Moniteur“ die einfache Mittheilung, daß eine Truppenabtheilung nach China nicht stattfinden werde. Da vor Kurzem der „Globe“ berichtet hat, daß die Königin von England einen Besuch in Frankreich beabsichtige, so will man aus diesen beiden Thatsachen auf neue Beziehungen zwischen den beiden Kabinetten schließen. Inzwischen ist es jedenfalls Englands Wunsch, daß Frankreich sich nicht zu tief in die ostasiatischen Angelegenheiten mischt, und da die Reise des Kaisers nach Osborne fortwährend feststeht, so fehlt keine Veranlassung ein feinerer Halt. — Es wurden hier vor Kurzem Korrespondenzen von schwarzen Meere veröffentlicht, nach denen eine Anzahl Franzosen, die mit Erlaubniß der russischen Behörden nach dem Friedlandschloß sich in Sebastopol angeheilt hatten, und dieser Stadt ausgesiedelt wurden, nachdem man sie auf alle mögliche Weise alibirt hatte. Das „Pays“ läßt sich nun aus Odessa vom 10. schreiben, daß in Folge von Instruktionen aus Petersburg an die Behörden dieser Stadt die obwaltenden Schwierigkeiten beseitigt worden sind. — Der ehemalige französische Offizier, welcher die Konzession zum Bau einer Straße von Beyrut nach Damascus vom Sultan erhalten hat, ist der ehemalige Ordnungsoffizier Louis Philippe's, Herr von Perthis, zu welchem dieser während der Februarrevolution im Jahre 1848 nach Konstanz floh. Herr von Perthis ging damals nach der Levante und erzielte anweit Beyrut eine große Eisenbahn-Anstalt, die trefflich geht. — Es ist endlich gewiß, daß Spanien die Vermittlung Englands und Frankreichs in der mexicanischen Angelegenheit angenommen hat, obwohl Lord Cowden und Herr v. Turgot dies in Madrid erst durchgesetzt haben sollen, nachdem sie im andern Falle diesen Beschluß abgelehnt hätten.

dem Fort Napoleon geben, welches er am 17. Morgens nach der Inspektion der Arbeiten, ohne Erlaubniß und nur von seinem Generalstab begleitet, verließ. Die Straße, die den Berg ins Innere Kabyliens eröffnet hat, ist jetzt ganz beendet. Diese Straße (sowohl, als auch ganz besonders das Fort Napoleon) betrachte man in Algier als eine sichere Bürgschaft für den ruhigen Besitz der ruhesten französischen Colonien. Die Truppen der Divisionen der Generale Mac Mahon, Yusuf und Raiffat waren auf dem Rückwege nach ihren betreffenden Garnisonen. Die Division des Generalen Ranaud bleibt in Kabylien, um die Arbeiten des Forts Napoleon und der Landstragen zu beenden. — Der „Moniteur“ enthält einen langen Artikel über die afrikanischen Besitzungen der Franzosen am Senegal und auf Kenia. — Wie die „Patrie“ berichtet, hat die Kommission, die mit der Prüfung der Transportation nach Neu-Caledonien beauftragt ist, ihre Arbeiten beendet und sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß Neu-Caledonien der geeignetste Ort für die Errichtung der französischen Straf-Kolonie ist.

Der „Moniteur“ enthält einen längeren Bericht aus Piemont, wo der Kaiser am 22. den Grundstein zu dem neuen Baudenkmale legte, unter Beisein des Botschafters, Gemeindevorstandes, Aleras und zahlreicher Fürstinnen von Einheimischen und Fremden. Der Herrscher von Piemont sprach die Worte der Weihe in wohlgeleiteter Rede. Da Napoleon III. Piemont zu vergrößern und zu verschönern gerath, so gedachte deshalb auch ihm der besondere Dank dieser treuen Bevölkerung, und sie würde, wenn die Erlaubniß vor der Majestät des Thrones es gestatte, den Geber so vieler Wohlthaten pro socio Vater nennen. Schließlich sprach der Herrscher dem Kaiser Segen herab zur Befestigung der Gesundheit des Kaisers, den die Kraft dieser Worte härten möge, um Frankreichs Sicherheit und Ruhe für immer zu begründen. Die Segensworte des Kaisers lauteten:

„Es gereicht mir zur Freude, Ihrem Wunsch zu entsprechen und den ersten Stein zu diesem neuen Baudenkmale zu legen, welches, wie ich überzeugt bin, zum Wohle derer, die es erblicken werden. Dieser Ort interessirt mich nicht allein, weil so viele Menschen hier ihre Gesundheit wiedererlangen haben, sondern namentlich auch, weil er der Mittelpunkt einer Bevölkerung ist, die mit so vielen rühmlichen Beweisen von Zucht und Gerechtigkeit und welche sich von anderer Vaterlandsliebe befeuert war. Ich hoffe, daß alle, welche, wie ich, hierher kommen, um von ihnen Arbeiten anzunehmen, hier einen Antheil zur Gewinnung ihrer Fähigkeiten und zum Dienste des Vaterlandes finden mögen. Es ist mir wahrhaft lieb, daß ich während meines hiesigen Aufenthalts nicht aus dem ersten Stein zu einem anderen, noch wichtigeren Gebäude legen kann — in der neuen Kirche; denn wenn man die Einwirkung seiner Arbeit erfahren, so ist es für jedes christliche Gemüth gerecht, zuwider der Botschaft seinen Dank zu schenken. In der That, wenn das, was von Uebel ist, von den Menschen kommt, so kommt alles, was gut ist, von Gott!“

Die „Patrie“ beginnt heute mit diesen letzten Worten, die mit einem Verbot für den Kaiser begrüßt wurden, einen Artikel, worin es heißt: „Niemand würde eine größere Wahrheit mit höherer Autorität angebracht. Die ganze Geschichte ist da, um sie zu beweisen, und die Geschichte der Gegenwart giebt ihr neue Bestätigung. Der jetzige Souverain Frankreich hat sich von Gott inspiriren lassen, und deshalb konnte er mit so vielem Glück und Ruhm die hohe Bestimmung des Namens, den er trägt, und die des Volkes, das er regiert, erfüllen.“ Dieser selbstwählige Anspruch der „Patrie“ fällt hier einmüthig an und erinnert an die Artikel Gramier's de Cassagnac, die derselbe bei der vorjährigen Anwesenheit des Kaisers in Piemont über den Spiritus familiaris der großen Männer veröffentlichte. — Die Nachbarn des Kaisers nach Paris ist übrigens verüßigt worden; er wird erst nächsten Montag Piemont verlassen. — Die „Patrie“ bekräftigt heute die Nachricht, daß die Souveraine der Revalonischen Dynastie in der Gestalt von St. Denis beiseigert werden sollen. — Die Kaiserin gab gestern allen Ministern ein großes Diner in St. Cloud. — Der Graf Balmech und Herr v. Morny empfingen gestern den Grafen Rostk. Wie man berichtet, wird der russische Ex-Minister bei der Rückkehr des Kaisers von Piemont in feierlicher Audienz in St. Cloud empfangen werden. Man hört den Grafen in Gesellschaft seiner beiden Töchter alle Verwundbarkeiten der Hauptstadt besuchen. Obgleich er bereits über 60 Jahre alt ist, sieht er doch noch ziemlich rüthig aus. — Der neue spanische Gesandte, der Herzog von Rivas, ist hier angekommen. — Der Herzog von Grammont wird ständisch aus Turin zurück erwartet.

Die Anstaltsgenossen hat gestern den Bericht über das italienische Komplott entgegen genommen. In diesem Berichte werden Tibaldi, Bartolotti und Grilli eine Verbesserung zur Ermordung des Kaisers und Mazzini, Pedro Rotta, Massarani und Campanella der Missethäter angeklagt. Auch ein Engländer war in den Prozeß verwickelt; der Instruktionrichter hat denselben jedoch nach einigen Verhören entlassen. Der Prozeß soll am 3. August vor die Affisen von Paris kommen, wenn bis dahin die nach Italien geschickten Polizeispezialisten keine Veranlassung zu einer neuen Vernehmung haben. Vergeßern sind nämlich deren Mehrere von hier zur Vernehmung der jüngsten Ereignisse nach Genua gereist, wo sie weiter nach Livorno und Neapel gehen. Der Verdict gegen La Roche-Rollin ist auf der Unterzeichnung eines Creditgesetzes zur Verbreitung der Reichthümer eines der Haupt-Verschwörer derselben. — Die „Independance Belge“ ist konstituirten worden, weil sie von einem Komplotte zur Aufhebung der Verfassung-Erhellen zwischen Bigny und Bar-le-Duc gesprochen hatte, das von der Regierung des Kaisers nach Piemont erwidert worden sein soll. — General Cavagnac, dessen Verhaftung nach unruhig wechelt, hält sich im gegenwärtigen Augenblick an seinem in Sarthe Departement gelegenen Landgut auf. Er lebt dort ganz allein mit seiner Frau und seinem Sohne. Seine Wohnung ist so klein, daß er selbst nicht einen einzigen Fremden über Nacht überbergen kann, und er läßt gegenwärtig eine kleine Wohnung bauen, um diesem Uebelstande abzuhelfen. Er hat seinen Freunden erklärt, daß er bereit sei, seiner jetzigen glücklichen Zurückgezogenheit zu entsagen, falls Frankreich seine Dienste bedürfen und sie reklamiren sollte. An politischen Intriquen will er sich jedoch unter keinen Umständen betheiligen. — Die Provinzial-Verhören treten jetzt wieder mit großer Strenge an, und zwar wegen angeblicher Uebertreue der Demagogen. Im Alier Departement wurden neun Raster und Wirthshäuser auf Befehl des Präfekten geschlossen, weil sie mißliebige Personen zum Versammlungsorte diente. Ein Lehrer dieses Departements wurde seiner Stelle entsetzt wegen seiner intimen Beziehungen zu den Demagogen von Montlacon und, wie es in dem Erlaß des Präfekten weiter heißt, wegen seines häufigen Besuchs der Rasterhäuser. Aus anderen Departements meldet man von ähnlichen Verfügungen. — Der Prozeß zwischen dem Buchhändler Verrotin, dem Verleger der Remairen des Marshalls Raymond und dem